

Politische Mitwirkung

Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurden die Kirchen bisher kaum untersucht, weil sie sich mit den gängigen Analysekategorien nicht hinreichend erfassen lassen. Doch Parteien fungierten als Wirkungskanal für die Einflussnahme und Mitwirkung des Protestantismus an politischen Entscheidungsprozessen. Zugleich kam den Kirchen selbst stets politische Bedeutung zu. Darum gilt es, das vielschichtige Korrelationsgeflecht zwischen dem Protestantismus – in der Pluralität seiner Erscheinungsformen – und den politischen Parteien aufzuschlüsseln und so einen Beitrag zu der Frage zu leisten, wie der Protestantismus seinen Einfluss auf politische Debatten organisiert und wahrgenommen hat.



Das Teilprojekt wird betreut von Prof. Dr. Andreas Busch

- [Abschied von der Fixierung auf den Staat: Politische Mitwirkung des Protestantismus durch Kooperation mit Bürgerinitiativen und Protestbewegungen](#)
- ["Von Heidelberg über Godesberg nach Berlin – Die Programmatik der SPD zum Thema Staat und Kirche als Reflexion und Basis politischer Mitwirkung des Protestantismus"](#)
- [Parteien als Wirkungskanal für den Protestantismus \(abgeschlossen\)](#)

Abschied von der Fixierung auf den Staat: Politische Mitwirkung des Protestantismus durch Kooperation mit Bürgerinitiativen und Protestbewegungen

Das Projekt wird bearbeitet von Philip Smets

Das Teilprojekt fragt danach, auf welche Weise der bundesdeutsche Protestantismus, vor allem ab Ende der 1960er Jahre, neue Beteiligungsformen zur Erlangung von politischem Einfluss nutzte. In der abgeschlossenen ersten Förderphase lag der Fokus auf dem politischen Einfluss des Protestantismus über das Parteiensystem. Politische Mitwirkung ist in der Bundesrepublik Deutschland aber nicht auf diesen „klassischen“ Wirkungskanal beschränkt. Politikwissenschaftlich wird zwischen „konventionellen“ Beteiligungsformen (über Parteien) und „unkonventionellen“ Beteiligungsformen unter anderem durch Protestbewegungen und Bürgerinitiativen unterschieden. Um ein umfassendes Bild der politischen Mitwirkung des Protestantismus in der Bundesrepublik für den gesamten Untersuchungszeitraum zeichnen zu können, stehen nun die unkonventionellen Beteiligungsformen im Zentrum der Analyse. Für den Untersuchungszeitraum ab Ende der 1960er Jahre ist ein wachsender Anspruch nach stärkerer direkter politischer Beteiligung in der westdeutschen Gesellschaft festzustellen, der in der politikwissenschaftlichen Forschung auf die Formel der „partizipatorischen Revolution“ gebracht wurde. Die Entstehung der „Neuen Sozialen Bewegungen“ ist ein Ausdruck dieser Entwicklung. Sie bildeten sich zu lokalen Fragen (wie etwa Tarifierhöhungen im ÖPNV) bis hin zu nationalen und globalen Themen (wie Fragen der Friedens-, Umwelt-, und Energiepolitik).

Das Teilprojekt berücksichtigt diesen politischen Kontext und fragt danach, auf welche Weise, über welche Einflusskanäle und mit welchem Erfolg es dem Protestantismus in der Bundesrepublik gelang, politischen Einfluss zu nehmen. Hierbei kommen auch innerprotestantische Konflikte und Aushandlungsprozesse in den Blick, die vor allem um das Verhältnis zwischen Kirche und Politik geführt wurden. Spannungen verursachte vor allem eine Politisierung weiter und oftmals jüngerer Teile des Protestantismus, die für ein aktivistischeres Politikverständnis eintraten. Insgesamt fand innerhalb des Protestantismus eine Veränderung statt, die als Abkehr von der traditionellen Fixierung auf den Staat bezeichnet werden kann und sich in vielfältiger Mitwirkung in den gesellschaftlichen Debatten sowie einer Beteiligung an den verschiedenen thematisch orientierten sozialen Bewegungen ausdrückte. Die Frage, auf welche Weise es dem Protestantismus unter diesen geänderten Bedingungen gelang, politische Mitwirkung auszuüben, steht im Zentrum dieses Teilprojekts.

Thematisch werden die Schwerpunkte auf den Themen Frieden, Umwelt und Atomkraft sowie den Kooperationen des Protestantismus mit den in diesen Bereichen aktiven Neuen Sozialen Bewegungen liegen. Methodisch wird vor allem eine Literatur- und Dokumentenanalyse angewandt, die sich zum einen auf eine Organisationsanalyse der Neuen Sozialen Bewegungen konzentriert. Zum anderen werden profilierte Vertreterinnen und Vertreter sowie Organisationen des Protestantismus im Zentrum stehen.

Insgesamt leistet das Teilprojekt einen wertvollen Beitrag im Rahmen der Forschergruppe, indem es die Ergebnisse zeithistorischer und speziell kirchenhistorischer Forschung zum Protestantismus in Bezug setzt zu bereits bestehenden umfangreichen Forschungsergebnissen zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Gemeinsam mit den Ergebnissen der ersten Förderphase wird so ein Bild der politischen Beteiligung des Protestantismus in der „alten“ Bundesrepublik möglich, das konventionelle und unkonventionelle Kanäle zusammenbringt.

"Von Heidelberg über Godesberg nach Berlin – Die Programmatik der SPD zum Thema Staat und Kirche als Reflexion und Basis politischer Mitwirkung des Protestantismus"

Das Projekt wird bearbeitet von Prof. Dr. Andreas Busch

Dieses Unterprojekt zielt darauf, anhand des Beispiels der SPD das sich wandelnde Verhältnis dieser Partei zum Thema Staat und Kirche zu analysieren. Dabei steht die Teilprojekt-Frage im Mittelpunkt, auf welche Weise, mit welchen Ressourcen und mit welchen Ergebnissen sich dem Protestantismus zuzuordnende einzelne Personen, kirchliche Gremien oder sonstige Gruppen Zugang zum politischen Systems verschafft und diesen zur Durchsetzung eigener Präferenzen genutzt haben.

Dies soll anhand einer Längsschnittanalyse der SPD geschehen. Die SPD eignet sich als Untersuchungsgegenstand, weil sie in den drei Grundsatzprogrammen, die in der "alten" Bundesrepublik galten (und auf deren Beschlussorte sich der Titel bezieht) verschiedene Positionen zum Thema Religion eingenommen hat – von einer atheistischen, "Religion als Privatsache" betrachtenden Position über eine Öffnung gegenüber Kirchen mit dem Angebot von "Zusammenarbeit ... im Sinne einer freien Partnerschaft" bis zur Anerkennung der "besonderen Bedeutung" der Kirchen unter dem Grundgesetz.

Die Erklärung dieser Annäherung (der nach dem Höhepunkt 1989 wieder eine Distanzierung folgte) bildet die Hauptaufgabe des Projekts. Es geht dabei von zwei Thesen aus: zum einen, dass die Position der SPD zum Thema Kirche / Religion und Kirche / Staat durch den Einfluss von konkreten Personen geprägt ist; zum anderen, dass Erwägungen elektoraler Taktik eine wichtige Rolle spielen — also durch den Wunsch, auf dem Wählerstimmenmarkt als Partei möglichst günstig abzuschneiden. Gleichzeitig besteht zwischen programmatischer Öffnung und steigender Attraktivität der SPD als Forum für die Formulierung und Verfolgung dem Protestantismus nahestehender politischer Ziele eine Austauschbeziehung.

Drei analytische Ansatzpunkte werden im Fokus stehen:

- * die Analyse der programmatischen Aussagen sowie der Diskussionen, die zu ihnen geführt haben sowie das Verhalten der SPD bei konkreten, den Protestantismus besonders interessierenden Themen
- * die Beschreibung einflussreicher handelnder Personen aus dem Bereich des Protestantismus sowie
- * die Analyse organisatorischer Merkmale in der SPD, die als Anzeichen für das sich wandelnde Verhältnis gezählt werden können.

Hinsichtlich der konkreten politischen Entscheidungen kann auf Material aus verschiedenen Unterprojekten der ersten und zweiten Förderphase der Forschergruppe zurückgegriffen werden. Hierzu sind insbesondere von Interesse die Themenbereiche Sozialstaat / Demografischer Wandel / Wandel der Arbeitsgesellschaft; Umweltpolitik / Bewahrung der Schöpfung; Friedenspolitik – da in diesem Bereichen eine lebhaft politische Debatte v.a. in der SPD zu vermuten ist bzw. stattgefunden hat.

Parteien als Wirkungskanal für den Protestantismus (abgeschlossen)

Das Projekt wurde bearbeitet von Stefan Fuchs

Dieses Teilprojekt fragt danach, wie der bundesdeutsche Protestantismus Parteien als Wirkungskanal nutzt, um Anliegen in das politische System einzuspeisen und Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurden die Kirchen bisher kaum untersucht, weil sie sich mit den gängigen Analyse kategorien nicht hinreichend erfassen lassen. Doch Parteien fungierten als Wirkungskanal für die Einflussnahme und Mitwirkung des Protestantismus an politischen Entscheidungsprozessen. Zugleich kam den Kirchen selbst stets politische Bedeutung zu. Darum gilt es, das vielschichtige Korrelationsgeflecht zwischen dem Protestantismus – in der Pluralität seiner Erscheinungsformen – und den politischen Parteien aufzuschlüsseln und so einen Beitrag zu der Frage zu leisten, wie der Protestantismus seinen Einfluss auf politische Debatten organisiert und wahrgenommen hat.

Für die Fragestellung nach dem politischen Einfluss bestimmter Akteure in dem eindeutig parlamentarisch ausgeprägten politischen System der Bundesrepublik Deutschland bildet die Untersuchung des Einflusses über Parteien den entscheidenden Zugang, denn diese bilden in einem solchen System einen dominierenden Faktor. Aufgrund dieses Ausgangsbefunds befasst sich das Teilprojekt hauptsächlich mit dem Einfluss des Protestantismus über die zwei im Untersuchungszeitraum zwischen 1949 und 1989 maßgeblichen Parteien – CDU/ CSU (Unionsparteien) und SPD. Zum einen wird so eine ohnehin gebotene Eingrenzung des bewusst sehr breit angelegten Gesamtforschungsprojektes zum Protestantismus erreicht und zum anderen kann der Einfluss des Protestantismus im politischen Bereich auf diese Weise über in weiten Teilen bereits bekannte Ansätze und Theorien der Politikwissenschaft erfasst und einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich gemacht werden.

Innerhalb dieser Eingrenzung konzentriert sich das Teilprojekt in einem ersten Schwerpunkt besonders auf die Erfassung und Einordnung protestantischer Strukturen innerhalb der genannten Parteien. Als Beispiele für solche Strukturen können etwa der evangelische Arbeitskreis innerhalb der Unionsparteien oder der im Untersuchungszeitraum noch nicht zusammengelegte Arbeitskreis der evangelischen Christen in der SPD gesehen werden. Darüber hinaus sollen aber auch tieferliegende und nur lokal ausgeprägte Strukturen aufgezeigt und in ihren Einflussmöglichkeiten eingeordnet werden. Als messbare Größen werden hierzu beispielsweise Parameter wie Mitgliedschaft, Antragsrechte, Publikationen und die Verankerung innerhalb der Partei dienen. Da politischer Einfluss innerhalb von Parteien letztendlich maßgeblich an das Handeln einzelner Personen gebunden ist, wird in einem zweiten Schwerpunkt die Untersuchung des Handelns einzelner protestantisch geprägter Personen innerhalb der jeweiligen Parteieliten in den Mittelpunkt gestellt. Persönlichkeiten, die hiervon unabhängig wirkend politischen Einfluss für den Protestantismus erreicht haben, sollen daneben ebenfalls Beachtung finden. Beispielhaft können hier für die Unionsparteien Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier oder Richard von Weizsäcker genannt werden. Auf Seiten der SPD müssen hierzu vor allem Gustav Heinemann, Herbert Wehner, Johannes Rau oder auch Erhard Eppler beispielhaft erwähnt werden.

Den Zugang zu diesen Schwerpunkten werden neben bereits vorhandener politikwissenschaftlicher, bzw. zeitgeschichtlicher Literatur besonders auch Biographien oder entsprechende Werksammlungen ermöglichen. Die Auswertung von Datenhandbüchern und Parlamentsstatistiken, sowie die eigenständige Erarbeitung von Archivmaterialien sowie die Durchführung von Zeitzeugeninterviews werden zudem einen vertieften Einblick in den Forschungsbereich dieses Teilprojektes schaffen.

Insgesamt leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Diskussion über das Verhältnis von Politik und Religion - einem von der Politikwissenschaft bisher nur wenig bearbeiteten Themenbereich. Im Weiteren wird sie hierdurch auch zur Schließung einer Forschungslücke, nämlich der Analyse des Verhältnisses zwischen Protestantismus und den beiden die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1989 dominierenden Parteien, ihren Beitrag leisten können.